

Ultraliberale Korrespondenz Nr. 48 01.09.2017

Donald Trump und die direkte Demokratie

„Liberalismus herrscht, wenn die Interessen des einzelnen Bürgers so weit wie möglich Vorrang vor den Interessen des Staates geniessen.

Faschismus herrscht, wenn die Interessen des Staates so weit wie möglich Vorrang vor den Interessen des einzelnen Bürgers geniessen.“ Peter Paris

Hat Donald Trump schon wieder was falsch gemacht? Charlottesville: eine kleine Gruppe Vollidioten versuchte sich aufzublasen und veranstaltete eine Demo - nicht etwa in einer grossen Stadt, dann wären sie ja nicht bemerkt worden, sondern eben in Charlottesville. Und dann veranstaltete eine Gruppe von Halbidioten eine Gegendemonstration, die den Vollidioten dann leider weltweit Aufmerksamkeit bescherte. Und dann fuhr noch der allergrösste Idiot mit seinem Auto in die Menschenmenge.

Als dann Trump diese ganzen blödsinnigen Aktivitäten verurteilte, hält man ihm vor, dass er die Vollidioten doch etwas mehr hätte verurteilen können als sie Halbidioten, denn die hätten es ja sehr gut gemeint.

Strassendemos heute? Es ist noch nicht allzu lange her da musste jemand der seinen Mitmenschen seine Meinung mitteilen wollte, sich auf Strassen und Plätze begeben. Ja, auch Martin Luther konnte seine Thesen ja nicht per Facebook oder Twitter verbreiten. Glücklicherweise ist es heute jedermann möglich an der politischen Diskussion teilzunehmen. Das Internet ist offen und erschwinglich für jedermann. Die Parteien freuen sich über neue Mitglieder die auch an ihren Diskussionen teilnehmen. So wären die meisten Strassendemonstrationen eigentlich überflüssig. Aber man hat mir mehr den Eindruck dass es den Veranstaltern nicht in erster Linie um die Überzeugung ihrer Mitbürger geht, sondern dass sie die Regierung und ihre Mitbürger ärgern wollen, indem sie sie behindern oder belästigen oder wie kürzlich in Hamburg sie an Leib und Leben in Gefahr bringen wollen.

So hat man heute schon Angst vor grossen und gewalttätigen Herbsdemonstrationen in Frankreich gegen die eher zaghafte Veränderung des Arbeitsrechtes. Es ist nur zu hoffen das die aktuelle Regierung sich nicht so erfolgreich unter Druck setzen lassen wird wie ihre Vorgängerinnen. Schliesslich hat eine breite Mehrheit der französischen Bürger Herrn Macron eine breite Mehrheit gegeben und er nun eigentlich nur das umsetzen will was er vor der Wahl versprochen hat.

Er hat eigentlich nur drei Alternativen: Er macht es wie Hollande und Sarkosi und nimmt einen weiteren Teil der Verordnungsvorlagen zurück. Damit würde er in Kauf nehmen dass er seine Wahlversprechen nur teilweise einhält. Oder aber er lässt es drauf ankommen und handelt - vorbildlich wie Maggy Thatcher - und lässt die Strasse frei prügeln.

Oder er macht es wie Charles De Gaulle: Der konnte Frankreich erheblich verändern, was damals auch unbedingt nötig war als alle paar Wochen eine neue – machtlose - Regierung an der Macht war. Er setzte die wesentlichen Änderungen per Volksabstimmungen durch. Und eines ist klar - gegen die Mehrheit der Wähler sind Strassendemos à la longue chancenlos. Das hat man erst kürzlich in Stuttgart gesehen: Die vielen Demonstranten gegen den neuen Bahnhof schienen zweifelsohne eine gewaltige Mehrheit zu sein, was sich dann als total falsch herausstellte. Und noch krasser konnte man das vor vielen Jahren beobachten, als die 68er-Idioten in Frankreich die Strassen unsicher machten. Sie zweifelten nicht daran, dass die Bevölkerung total hinter ihm stand. Aber als Herr Krivine dann zum Präsidenten kandidierte kam er auf 1,06 % und der Spuk war vorbei.

Das Schweizer Modell: Ich habe in Italien, Frankreich, der Schweiz und in Deutschland gelebt

und nicht bloss als Beobachter. Die Bürger dieser Länder waren unsere Nachbarn, Angestellte, Kunden, Freunde, Lieferanten. Wir waren überall integriert und ich kann heute mit Sicherheit sagen das politische System funktioniert am besten in der Schweiz. Kein System ist ideal, aber nur die Schweiz ist von Minderheiten nicht so leicht zu erpressen. Gegen die Mehrheit der Mitbürger zu streiken oder zu demonstrieren ist fast immer aussichtslos. Sicher ist auch das System verbesserungswürdig. Heute ist es durch das Internet sehr einfach geworden die 100.000 Unterschriften für ein föderales Volksbegehren zusammen zu bekommen, was früher bei kleinerer Bevölkerung und äusserst schwierigen Verkehrsverbindungen nicht so leicht war. So gibt es leider viele Abstimmungen von denen die Initiatoren schon von vornherein wissen, dass sie verlieren werden. Sie sehen nur eine gute Möglichkeit ihre Ideen unter Volk zu bringen. So geschehen beispielsweise bei der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das wäre aber zu verhindern, wenn der Staat zunächst einmal einige Institute mit Umfragen beauftragt - und wenn die feststellen dass weniger als beispielsweise 25 % Zustimmung erreicht wird - das Ganze abbläst. Und dann könnte man noch in einigen Kantonen - in anderen Ländern Provinzen oder Landkreisen - vorab abstimmen lassen. Und wenn dabei beispielsweise nicht mehr als 35 % Zustimmung herauskommt den Rest der Bevölkerung damit gar nicht zu belästigen.

Auch dürfte es keinerlei Quorum geben, also Mindestabstimmungsbeteiligungs-Vorschriften. Wenn nicht mit abstimmt, dem ist das Ergebnis wohl egal. Das ist legitim. Wenn dann – wie in Italien geschehen – die Vorlagegegener zur Stimmenthaltung auffordern, dann werden die Gegner und die Nicht-Abstimmer in einen Topf geworfen, was völlig unsinnig ist.

Auch müsste sich die Haltung der Politiker insofern ändern als es ohnehin schon unsinnig und auch unanständig ist das ein Politiker mit seinem Rücktritt droht, falls eine Abstimmung nicht nach seinen Wünschen verläuft. Die Bürger haben ihn gewählt dass er das umsetzt was die Bürger wollen. Natürlich steht es ihm frei nach einer Abstimmung zu demissionieren, aber die Drohung ist auch insofern unproduktiv, weil dann die Einheit der Materie der Abstimmung nicht mehr gewahrt ist. Man weiss dann nicht wieder für oder gegen die Vorlage ist oder wer nur möchte das dieser oder jener Politiker zurücktritt.

Gegen die direkte Demokratie wird ins Feld geführt, dass den meisten Stimmbürgern die Sachkenntnis fehlt. Aber das ist weitgehend unbedeutend, denn die Parteien und Interessengruppen müssen ihre Position ja ohnehin erklären und viele Menschen folgen ohnehin ihrem persönlichen Opinion-Leader – dem Ehepartner, der ihnen nahe stehenden Partei usw. Auch wird gesagt, dass die Leute sich von gerade aktuellen Ereignissen beeinflussen lassen und emotional entscheiden. Das kann sein, das passiert aber auch in Parlamentariern.

Wie auch immer, es wird in absehbarer Zeit zu mehr direkter Demokratie in Europa kommen. Die technologischen Voraussetzungen – Internet usw. - machen es einfach möglich. Angst vor Stimmenkauf braucht man nicht zu haben. Es sollte nur dafür gesorgt werden, dass jeder Abstimmer immer noch bis zu den letzten Minuten seine Entscheidung im Internet ändern kann. So kann er/sie sich ruhig für seine/ihre Stimme bezahlen lassen und dann kurz vor Schluss nochmals alles ändern.

Das ist kein Weg zum Paradies, aber es würden künftig nicht in erster Linie die zum Zuge kommen, die am lautesten schreien und die Strassen unsicher machen, sondern diejenigen, welche die meisten ihrer Mitbürger überzeugen – wie zum Beispiel die Liberalen.

Mit ultraliberalen Grüßen verbleibe ich, ihr.

Peter Paris

Via Monte Grappa, 2 , I - 21010 Castelveccana (Varese/Italy)
Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 335 6821302 (No SMS), Fax: (+39)0332 522 521
E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu
Web: www.euroschumann.eu/Liberalissimo